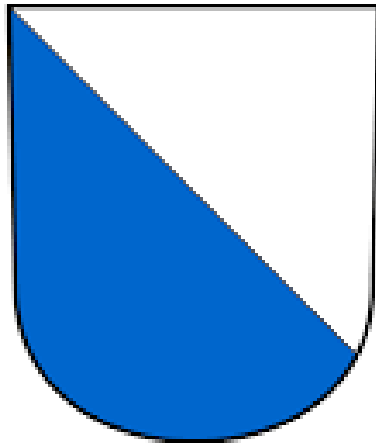


Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



2. Hälfte Mai 2022

Kommentar zu den Abstimmungsergebnissen vom 15. Mai 2022 in Stadt und Kanton Zürich.

Erfreulich ist die Annahme des kantonalen «Klimaschutzartikels» mit einer 2/3-Mehrheit. Wir werden genau hinschauen, dass die praktische Umsetzung dieses Artikels nicht auf Kosten des wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsteils geht. Auch die Annahme des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes mit 68% Ja ist zu begrüßen. Leider wurden die beiden anderen kantonalen Vorlagen klar verworfen, so das «Stimm- und Wahlrecht ab Alter 16» mit 64% und die Volksinitiative für eine «Elternzeit» mit 66%. Die Weichen für solch progressive Ideen sind in unserem Kanton offenbar noch nicht richtig gestellt, es bleibt eine grosse Überzeugungsarbeit zu leisten. Eine Niederlage müssen wir auch bei der Abstimmung um die Ausgliederung des «Zweckverbandes Spital Uster» in eine «Spital Uster AG» hinnehmen. Dieser erste Schritt zu einer Privatisierung des Spitals wurde mit einer Mehrheit von über 80% gutgeheissen.

In der Stadt Zürich wurde ein Rahmenkredit für Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der «Züri-City-Card» mit knapp 52% angenommen. Diese Abstimmung wurde nötig, da die Bürgerlichen gegen einen Kredit des Gemeinderates das Referendum ergriffen haben. Ein erster, wichtiger Pflock zur Realisierung unseres alten Anliegens ist eingeschlagen. Jetzt muss die Umsetzung zügig erfolgen. Auch der Erstellung eines Quartierparks auf dem Koch-Areal wurde mit einer 3/4-Mehrheit zugestimmt und drei Schulhausbauten erhielten gar Mehrheiten von über 80%.

17. Mai

Das im Jahre 1185 erbaute ehemalige Zisterzienserkloster in Kappel am Albis ist ein Kulturgut von nationaler Bedeutung. Nach der Reformation übernahmen reformierte Kräfte das Zepter über das Kloster. Ab 1836 bis 1983 diente die Domäne als Armenasyl und Korrekationsanstalt. Heute dient der historische Konvent als Seminarhotel und Bildungszentrum. Die Kirche wurde renoviert und hat eine sagenhafte Akustik. Zur Domäne gehören ein grosser Bauernhof, ein Gasthaus und zahlreiche weitere Gebäude. Das Ensemble wird von einem «Verein Kloster Kappel» geführt. Diesem fehlen aber die Mittel für eine umfassende Renovation der Anlage. Der Kanton, als Eigentümer der Kirche, will nun von den gesamthaft 23,5 Millionen Franken deren 11 Millionen übernehmen. In den Rest teilen sich diverse Stiftungen und auch der Verein. Dieser Betrag wurde vom Kantonsrat mit 164 zu 3 Stimmen bewilligt.

18. Mai

Saisonstart auf der offenen Rennbahn in Oerlikon. Der 1912 auf der grünen Wiese erbaute, scheinbar für die Ewigkeit bestimmte, Betonkoloss begeht den eigentlichen Neustart, nach einer für fünf Millionen Franken erfolgten Auffrischung. Mindestens zehn weitere Jahre soll die Rennbahn betriebsbereit sein. Es herrscht heute eine nostalgische Atmosphäre, man glaubt sich zurückversetzt in die Zeiten des Films von Kurt Früh «Bäckerei Zürrier» aus dem Jahre 1957, indem die Rennbahn eine wichtige Rolle spielt.

Die städtische Volksinitiative, die den Kauf des Areals durch die Stadt bei der SBB fordert, lanciert von der IG Neugasse, kommt definitiv vors Volk. Das Initiativkomitee lehnt einen Rückzug zu Gunsten eines durch den Stadtrat mit der SBB ausgehandelten Kompromisses ab.

19. Mai

Das Onlinemagazin «Republik» schrieb in einem Artikel im Jahre 2020, der Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) finanziere sich zwar durch die Beiträge der Städte, verwende diese aber «gegen die Ziele der Städte». Dies löste eine Flut von Reaktionen aus. In der Folge sind die Industriel- len Betriebe Basel aus dem VSG ausgetreten. Der Gemeinderat verlangt nun in einem Postulat, dass auch die Stadt Zürich, oder eben die Energie 360° denselben Schritt tue. Hier jetzt merkt der Rat

plötzlich, dass er der Energie 360°, die eine Aktiengesellschaft ist, keine Vorschriften mehr machen kann. Man hat seinerzeit die Ausgliederung des Gaswerkes Zürich aus der städtischen Verwaltung und dessen Neupositionierung als eine selbständige Aktiengesellschaft mit der unternehmerischen Freiheit der städtischen Gasindustrie begründet. Auch ein guter Teil von Links-Grün hat dem zugestimmt. Das rächt sich jetzt!

Da haben sich der Stadtrat und die Immobiliengesellschaft der Welte-Furrer AG auf einen Abtausch von Liegenschaften und Grundstücken geeinigt, der der Welte-Furrer den Bau von neuen Wohnflächen im Umfang von 2'234 m² ermöglicht hätte. Im Gegenzug verpflichtete sich die Bauherrin, bei 974 m² Wohnfläche während 25 Jahren das Prinzip der Kostenmiete anzuwenden, das heisst, günstige Wohnungen anzubieten. Der Stadtrat legte diesen Deal der zuständigen Gemeinderatskommission vor. Diese rümpfte die Nase und verlangte bessere Konditionen. Und siehe da, bei Nachverhandlungen verpflichtete sich die Bauherrin, 1'333 m² während 30 Jahren nach dem Prinzip der Kostenmiete zu vermieten. Wenn man will, geht es also doch!

20. Mai

Im eben publizierten Bericht der Ombudsstelle findet sich folgendes Schauermärchen: Eine Mutter fährt am 1. Mai 2020 mit dem Fahrrad und Veloanhänger, in dem die zweijährige Tochter sitzt, auf der Badenerstrasse. Mit dabei im Anhänger ein Lautsprecher, aus dem Musik tönt und auf der Strasse drei weitere Teilnehmende mit Transparenten. Die Gruppe wird von der Polizei unsanft gestoppt, man will die Mutter verhaften, verzichtet aber darauf, als man sieht, dass ein Kleinkind mit dabei ist. Die Mutter wird dafür einige Tage später auf den Polizeiposten vorgeladen, befragt und ihr mitgeteilt, man werde der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESP) eine mögliche Kindeswohlgefährdung melden. Die Ombudsstelle musste eingreifen und hat die Handlung der Polizei als nicht verhältnismässig bezeichnet, da eine Kindeswohlklärung durch die KESP ein grosser Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen bedeute.

21. Mai

Die Junge SVP lanciert eine kantonale Volksinitiative, die sie «Anti-Chaoten-Initiative» nennt und mit folgenden Hauptforderungen:

Bewilligungspflicht für Demonstrationen muss bleiben; Kostenpflicht für Veranstalter von illegalen Demos wenn es Krawalle oder Sachbeschädigungen gibt; Kostenpflicht für Gegendemonstranten, wenn bei Aktionen gegen bewilligte Kundgebungen Kosten entstehen; Kostenpflicht für Hausbesetzer, wenn während der Besetzung Aufwendungen entstehen oder die Polizei die Liegenschaft räumen muss. Adressat der Initiative ist offensichtlich die links-grüne Mehrheit im Zürcher Gemeinderat.

Auch die Mutterparteien der Rechten, die SVP und die FDP werden aktiv und lancieren ihrerseits eine kantonale Gesetzesinitiative, die «ÖV-Initiative», die verlangt: Keine Tempo 30 auf Strassen, auf denen Trams oder Busse verkehren. Auch hier soll der Kanton der Stadt seinen Willen aufzwingen können.

Der mittlere Lohn beträgt in der Stadt Zürich 8'000 Franken, im Kanton Zürich 7'114 Franken, in der Schweiz sind es 6'665 Franken und im Kanton Tessin noch 5'546 Franken. Frauen verdienen im Mittel 16% weniger als die Männer. Diese Zahlen wurden im Jahre 2020 ermittelt.

Bei den angekündigten «mediterranen Nächten» wollen sich 150 Gartenrestaurants beteiligen. Jeder einzelne Betrieb soll eine entsprechende Verfügung erhalten, die individuell von konkret Betroffenen angefochten werden kann. Ein Verbandsbeschwerderecht (Quartierverein) wird es nicht geben. Einsprachen kosten rund 400 Franken.

23. Mai

Der Kunsthändler, Milliardär und Besitzer des Dolder Grand muss wegen Steuervergehen gemäss dreier Bundesgerichtsentscheide 160 Millionen Steuern und Gebühren nachzahlen. Nimmt er das Geld wohl aus der Portokasse?

24. Mai

Bislang gewährten ein Viertel der Pflegeheime im Kanton Zürich Sterbehilfeorganisationen keinen Einlass. Das will der Kantonsrat ändern. Mit 92 zu 76 entschied er, dass alle Heime den Organisationen freien Eintritt gewähren müssen. Die SVP hat bereits das Referendum angekündigt, das Stimmvolk wird wohl das letzte Wort haben.

27. Mai

Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat entschieden, dass der Kanton und nicht die Gemeinde für die Teilfinanzierung von Heimunterbringungen finanziell verantwortlich ist. Jahrelang wurde eine gegenteilige Praxis betrieben. Jetzt können die Gemeinden ihre Beträge vom Kanton zurückfordern. Es geht um bis zu 500 Millionen Franken.

28. Mai

Die Stadt Zürich besitzt im Oberhauserriet in Opfikon, auch Glattpark genannt, eine Brache von etwa 150'000 Quadratmetern. Sie tauscht nun dieses Land gegen eine Geschäftsliegenschaft in Seebach, die abgerissen und mit Wohnungen überbaut werden soll. Rechnet man den Quadratmeterpreis für diese Brache aus, so kommt man auf einen Preis von 7'430 Franken, das ist ein Preis, wie er sonst nur an der Bahnhofstrasse oder am Paradeplatz erzielt werden kann!

Vor zwei Jahren kam die Zürcher Kantonalbank ZKB in einer Studie zu Schluss, dass 80% der neu erstellten Einfamilienhäuser mit einer klimaneutralen Heizung ausgestattet werden, bei den neu erstellten Mehrfamilienhäusern sind es immerhin 70%. Beim Ersatz der Heizung in bestehenden Mehrfamilienhäusern gestalte sich die Abkehr von fossilen Energieträgern aber »Zäh wie Öl«. Der Markt richtet es eben nicht, es wird eine staatliche Verordnung nötig sein.

30. Mai

Das Spital Zollikerberg plant Ausserordentliches. Auf spitaleigenem Terrain soll ein «Haus der Geburt» eingerichtet werden, das «hebammengeleitete Geburtshilfe» anbieten wird. Der Vater wird bei der Geburt mit dabei sein und auch mit der Mutter zusammen übernachten, dafür wird es keinen Arzt, keine Ärztin geben. Sollten bei der Geburt irgendwelche Probleme auftauchen, so kann auf die ganze medizinische Infrastruktur des Spitals zurückgegriffen werden. Die freischaffenden Hebammen arbeiten auf eigene Rechnung und das Spital rechnet direkt mit ihnen ab.

31. Mai

Die Stadtpolizei registrierte im vergangenen Jahr 360 Demonstrationen, davon etwa ein Drittel ungewilligte, ein neuer Höchststand. 2016 waren es noch halb so viele. Fraglich ist, was als Demo qualifiziert werden kann. Gehören die Ausfahrten der Veloaktivist*innen auch dazu und müssten also bewilligt werden?

440'181 Menschen sind in der Stadt Zürich registriert. Eine Person mehr, als beim bisherigen Höchststand im Jahre 1962. Mitgezählt werden Asylsuchende, Flüchtlinge und Personen mit Schutzstatus S sowie Wochenaufenthalter*innen. Bis 2040 soll die Stadt auf über 500'000 Personen anwachsen.